

POTSDAMER Neueste Nachrichten

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG DER LANDESHAUPTSTADT

Potsdam

Anzeige

Warnung vor Internet-Abzocke und dubioser Finanzberatung

Verbraucherschützer ziehen Bilanz vom Krisenjahr 2008 und fordern mehr Geld für Beratung und Schulprojekte (11.07.09)

Anzeige

Die Recherche im Internet endet mit einer saftigen Rechnung und Anwaltsschreiben: Fast 60 Euro sollte ein Betroffener für das Anzeigen einer Reiseroute im Netz bezahlen – zuzüglich der Anwaltskosten. Mindestens 1000 Potsdamer sind 2008 Opfer von Internet-Abzocke geworden und meldeten sich deshalb bei der Verbraucherzentrale. Das sagte Sylvia Schönke, die Leiterin des Potsdamer Büros der Verbraucherzentrale Brandenburg, jüngst am Rande der Bilanzpressekonferenz der Verbraucherberater in den Bahnhofspassagen.

Gängige Köder der Internet-Abzocker seien auch „Gewinnspiele“, „Lebens-Checks“ oder „Glückwunschkarten“. „Dabei wird der Eindruck erweckt, es ist eine kostenlose Dienstleistung“, erklärt Sylvia Schönke. Gegen die Zahlungsforderung könne man sich jedoch wehren, betont sie: „Es gab keinen ordnungsgemäßen Vertragsabschluss.“

Die Verbraucherschützer warnen außerdem vor dubiosen Methoden von Finanzberatern. So habe es Fälle gegeben, in denen Verbrauchern gesagt worden sei, dass es „demnächst keine Sparbücher mehr“ gebe, erklärte Jochen Resch, der Vorstandsvorsitzende der Verbraucherzentrale Brandenburg. Als Alternative wurden vermeintlich rentablere Risikopapiere angeboten. Die Banken seien „keine neutralen Berater mehr“, kritisiert der Verbraucherschützer. Auch über vermeintliche „Meinungsumfragen“ werde Kundenfang per Telefon betrieben. Bei der von Anrufern gern versprochenen „Steuerersparnis“ handele es sich um „Nonsensgeschäfte“ mit „realen Verlusten“, warnte Resch.

Das Thema Geldanlagen beschäftigte die Brandenburger vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise Ende 2008 besonders: Von Oktober bis Dezember habe es landesweit etwa 2000 Beratungen zu diesem Thema gegeben. Insgesamt haben 2008 rund 111 000 Brandenburger den Rat der Verbraucherschützer gesucht, erklärte Geschäftsführer Rainer Radloff.

Um die Beratung auszuweiten, fordert die Verbraucherzentrale mehr Geld vom Bund und der Wirtschaft. Ziel sei die Verdoppelung des Beratungsangebotes, so Radloff.

Derzeit erhalte die Verbraucherzentrale 1,2 Millionen Euro vom Land und rund 300 000 Euro Projektmittel vom Bund. In 13 Brandenburger Beratungsstellen arbeiten 28 Festangestellte und 13 Projektmitarbeiter.

Am fehlenden Geld scheitere auch die Umsetzung eines Schulprojektes: Den Plan dafür gebe es in Brandenburg bereits seit vier Jahren, sagte Evelyn Dahme, die Sprecherin der Verbraucherzentrale. Dabei sollen sich Schüler im Fach „Wirtschaft/Arbeit/Technik“ mit Themen wie Handy, Schulden und Versicherungen befassen. Bisläng habe das Bildungsministerium die notwendigen 81 000 Euro nicht bewilligt. JaHa

Anzeige